

**Resolution:
Kommunalen Finanzausgleich reformieren
Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherstellen**

DIE LINKE. im Kreistag Aurich beantragt, dass der Kreistag folgender Resolution zustimmt:

I. Der Kreistag Aurich stellt fest:

1. Die von der Bundesregierung aufgelegten und von der niedersächsischen Landesregierung mitgetragenen Konjunkturpakete I und II sind für die Kommunen in Niedersachsen eine Mogelpackung. Durch die darin enthaltenen Steuererleichterungen wird ihnen nämlich in den nächsten beiden Jahren insgesamt 310 Millionen Euro an Finanzmitteln entzogen werden. Auch das Land hat durch sie bis 2010 mit Steuerausfällen von mehr als 670 Millionen Euro zu rechnen. Durch das Konjunkturpaket II wird den öffentlichen Haushalten in Niedersachsen in diesem wie im nächsten Jahr insgesamt mehr als 70 Millionen Euro entzogen, die sie ohne die eigentlich zur Krisenbewältigung gedachten Maßnahmen gehabt hätten.
2. Die finanzielle Situation für die niedersächsischen Kommunen wird sich in den nächsten beiden Jahren dramatisch verschlechtern, wenn nicht gegen gesteuert wird. Denn zum einen zeigen die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, dass das Land versuchen wird, Teile dieser Mindereinnahmen auf die Kreise, Städte und Gemeinden abzuwälzen. In dieser Rechnung ist zudem noch nicht enthalten, dass aufgrund der Wirtschaftskrise Einbrüche bei der konjunkturabhängigen Gewerbesteuer und beim kommunalen Finanzausgleich zu befürchten sind und dass die steigende Arbeitslosigkeit die Sozialausgaben explodieren lassen wird. Somit droht in Niedersachsen der kommunale Bankrott genau zu dem Zeitpunkt, an dem sie eigentlich noch mehr Geld für Investitionen in die Hand nehmen müssten, um die Auswirkungen der Krise für die Menschen abzumildern.

II. Der Kreistag Aurich fordert daher die Landesregierung auf

1. das kommunale Finanzausgleichsgesetz so zu reformieren, dass den Kommunen kein finanzielles Defizit durch die aus den Konjunkturpaketen I&II entstehenden Steuermindereinnahmen entsteht.
2. ein kommunales Zukunftsinvestitionsprogramm für ein soziales Niedersachsen und einen Schutzschirm für mehr Beschäftigung aufzulegen, um den Kommunen auch bei wegbrechenden Gewerbesteuereinnahmen finanzielle Spielräume für Investitionen zu eröffnen.
3. alle Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Finanzierung durch eine wirkungsvolle Besteuerung der Verursacher ohne die Aufnahmen weiterer Schulden zu finanzieren.

Aurich, den 13. März 2009

Für DIE LINKE. im Kreistag Aurich



Martin Heilemann
Kreistagsabgeordneter